

NEUE GEMEINDE

info

www.gvvbgld.at



Großer Empfang des GVV Österreich und des GVV

Burgenland am Städtetag 2019 in Rust

Seite 13

Grundsteuer: der GVV fordert, die enormen Rückstände bei den Grundsteuerbescheiden abzuarbeiten S. 4

Pflegeversorgung hat für GVV Priorität: Der GVV befürwortet die Pläne für ein neues Sozialhilfegesetz im Burgenland S. 3, 8-9

Entbürokratisierung:

Vorschläge des GVV beim neuen Raumplanungsgesetz und der neuen Bauordnung umgesetzt S. 4, 11

Klartext!



Bgm. Erich Trummer Präsident GVV Burgenland

Es geht um unser Land und unsere Gemeinden!

Geschätzte BürgermeisterInnen und VizebürgermeisterInnen! Liebe GemeindevertreterInnen! Sehr geehrte Damen und Herren!

Im Zuge der unglaublichen Verfehlungen im mittlerweile berühmten "Ibiza-Video" und des darauffolgenden Versuchs des "Kurz-Zeit-Kanzlers" eine ÖVP-Alleinregierung zu installieren, war es logisch, auch im Burgenland einen vorgezogenen Termin für die Landtagswahlen mit 26. Jänner 2020 festzulegen.

Diese Terminfindung ist verständlich, weil beide Partner im Burgenländischen Landtag und der Landesregierung die verbleibende Zeitspanne dazu nutzen wollen, um wichtige noch offene Punkte des Regierungsprogrammes umzusetzen und auch noch das Budget 2020 zu beschließen. Das Burgenland braucht jetzt Augenmaß und Besonnenheit. Landeshauptmann Hans Peter Doskozil will stabile Verhältnisse.

Die Gemeinden sind jedenfalls ein Garant und verlässlicher Partner, wenn es um Stabilität und Besonnenheit geht. Ich bin überzeugt, dass uns die Zusammenarbeit und der Zusammenhalt von uns Gemeindevertretern mit der Landesregierung, mit dem Landeshauptmann an der Spitze, das Ziel des "klugen Wachstums" für die nächsten Jahre sichern helfen wird.

Deshalb braucht es zu der beherzten Abarbeitung der großen Themenbereiche wie zB. Pflege, Einkommensgerechtigkeit und Bio-Lebensraum einen engagierten Einsatz von uns Gemeindevertretern in den bevorstehenden Wahlkämpfen am 29. September 2019 (Nationalratswahl) und am 26. Jänner 2020 (Landtagswahl)! Darum bitte ich Euch schon jetzt sehr herzlich und wünsche Euch dafür erholsame Sommer(Urlaubs)tage!

Mit freundschaftlichen Grüßen

Euer

Bgm. Erich Trummer Präsident GVV Burgenland

nich The

1,50-Euro-Verordnung für Asylwerber für gemeinnützige Tätigkeiten kommt nicht!

Per Innenminister Eckart Ratz der Expertenregierung hat die von seinem Vorgänger Herbert Kickl (FPÖ) kurz vor dessen Absetzung erlassene Verordnung zur Senkung des Stundenlohns für Asylwerber für gemeinnützige Tätigkeiten auf 1,50 Euro zurückgenommen. Die Verordnung der Ex-Kurz-Regierung stieß auch auf massive Kritik des GVV Burgenland. Dieser stellte sich auch klar gegen den Gemeindebund Österreich-Vorstoß – 1,50 Euro für Asylwerberlnnen ist Lohndumping!

Neben dem GVV Burgenland haben auch NGOs, die SPÖ sowie Länder und Gemeinden die Maßnahme heftig kritisiert.

Auf Unverständnis stieß auch die Ankündigung von Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl, Verordnung zu unterstützen. GVV Österreich-Vorsitzende Maria-Luise Mathaschitz: "Es ist noch immer die Entscheidung einer Gemeinde, wie viel sie für solche Arbeiten zahlt. Wir als GVV Osterreich lehnen jedenfalls Lohndumping in

jeder Form strikt ab." Riedl habe hier keine offizielle Position des Gemeindebundes, sondern lediglich seine persönliche Meinung vertreten, ergänzt GVV Burgenland Präsident Erich Trummer. Das müsse man klar ansprechen, auch wenn die Verordnung nun wieder vom Tisch sei und die Vernuft gesiegt habe.

"Hier ging es um einen nicht abgestimmten Vorstoß gegen die Interessen der Gemeinden und Städte Österreichs, mit dem zahlreiche bestehende, gut funktionierende Regelungen zerstört werden!",kritisieren Trummer sowie der Kärntner Gemeindebund
Präsident Peter Stauber,

des Präsidiums
des Österreichischen
Gemeindebundes,
den Vorstoß von
Riedl scharf.
Auch acht
von neun
Bundesländern,
darunter das Burgen-

beide Mitglieder

land, lehnen diese 1,50 Euro für gemeinnützige Arbeiten (Remunerantentätigkeiten) klar ab und begrüßen die Rücknahme der Verornung durch Innenminister Ratz.



Soziallandesrat Illedits hatte auf Einladung des GVV Burgenland das neue Pflegekonzept im Landesvorstand präsentiert und es gab eine große Tour durch alle Bezirkshauptmannschaften, um das Gespräch mit allen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern zu suchen.

Kein Verständnis für die Kritik des Burgenländischen Gemeindebundes an den Plänen des Landes für ein neues Sozialhilfegesetz hat der GVV Burgenland. GVV Präsident Trummer: "Wir haben bisher eine faire Partnerschaft zwischen Land und Gemeinden mit einem Kostenschlüssel 74:26 für ALLE gemeinschaftlichen Aufgaben. Daran wollen wir auch festhalten. Wer eine flächendeckende hochwertige Pflegeversorgung im Burgenland für alle möchte, der muss auch Geld in die Hand nehmen! Im Kern geht es darum, dass das neue Sozialhilfegesetz, inklusive dem neuen Landespflegekonzept, im Landtag beschlossen werden soll. Dem ÖVP-Gemeindebund ist offenbar die Pflegeversorgung gegenüber anderen Vorhaben nicht so wichtig.

Im Burgenland würden sich Land und Gemeinden die Kosten im Sozialbereich 50:50, aber die gemeinschaftlichen Gesamtkosten Land/Gemeinden mit 74:26 aufteilen, so Trummer. Das sei im Bundesvergleich die höchste Unterstützung für Gemeinden seitens eines Bundeslandes. Ein weiterer Aspekt seien auch die gestiegenen Steuereinnahmen, von denen der Bund, aber auch die Länder und Gemeinden profitieren. Pflege sei für die Sozialdemokraten ein Kernthema, so Trummer: "Wir wollen das und werden diesem Thema Priorität einräumen!"

GVV Vorstandsmitglied Bürgermeister Michael Lampel ist neuer BMV-Obmann

Im Rahmen einer außerordentlichen Vollversammlung in Raiding wurde Anfang Mai der Bürgermeister von Neufeld an der Leitha, Michael Lampel, zum neuen Obmann des Burgenländischen Müllverbandes (BMV) gewählt. Lampel ist außerdem GVV Bezirksvorsitzender im Bezirk Eisenstadt-Umgebung und Verbandskassier des GVV. Lampel folgt in der Funktion als BMV Obmann auf dem Stadtschlaininger Bürgermeister Markus Szelinger, der sich zukünftig stärker auf andere Aufgaben, wie etwa sein Bürgermeisteramt, konzentrieren will.



Michael Lampel freut sich auf seine neuen Aufgaben beim BMV Foto: BMV



Verfahrensdauer für die Flächenwidmungspläne wird erheblich verkürzt Foto: GVV

Raumplanung NEU: schnellere Verfahren

Der burgenländische Landtag hat das neue Raumplanungsgesetz beschlossen. Ziel der Neufassung ist es, die Verfahrensdauer für Flächenwidmungspläne für die Gemeinden um die Hälfte zu verkürzen. Seit einigen Jahren führt der GVV Burgenland im Rahmen seiner GVV Vorstandssitzungen die "kommunale Bedarfserhebung" durch, um bei den BürgermeisterInnen und Gemeinden vor Ort zu fragen, wo der Schuh drückt. GVV Präsident Trummer: "Dabei war die Raumplanung immer wieder Thema, und wir konnten viele Vorschläge der Praktiker vor Ort sammeln und haben sie bei den Verhandlungen zum neuen Raumplanungsgesetz als GW einbringen können!" Das neue Raumplanungsgesetz ist auch Teil der Entbürokratisierungsinitiative. Bei Maßnahmen wie dem Raumplanungsgesetz steht immer die positive Weiterentwicklung im Vordergrund. Es wurde, wie bei allen Gesetzesänderungen, dort an den Schrauben gedreht, wo die Rahmenbedingungen für die Burgenländer und auch die Gemeinden weiter verbessert werden können. Trummer: "Das neue Gesetz enthält eine Vielzahl an Verfahrenserleichterungen im Bereich der örtlichen Raumplanung. Durch Einführung von örtlichen Entwicklungskonzepten erfolgt die Gemeindeentwicklung nicht nur vorausschauender, sondern auch transparenter. Die Verfahrensdauer für Flächenwidmungspläne für die Gemeinden wird um die Hälfte verkürzt. Dadurch werden wir als Gemeinden schneller und effizienter!"

Das Burgenland befindet sich auf der Überholspur und hat eine TOP Position beim Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum. Um diesen Trend fortzusetzen, soll die Entbürokratisierungsoffensive weiterverfolgt werden. In dieser Legislaturperiode wurden bereits weit mehr als 100 Gesetze überarbeitet und modernisiert.

GVV fordert, die enormen Rückstände bei Grundsteuerbescheiden abzuarbeiten!

Der GVV fordert vom Bund endlich dafür zu sorgen, dass die enormen Rückstände bei den Bescheiden für die Grundsteuer abgearbeitet werden.

GVV Präsident Trummer: "Im Burgenland haben wir teilweise enorme Rückstände, die von den zuständigen Finanzämtern nicht abgearbeitet werden. Hier liegt bares Geld für die Gemeinden auf der Straße, das vorrangig von großen Grundvermögen ausständig ist. Dies muss zu Lasten der breiten Bevölkerung kompensiert werden. Seit 2000 gibt es jetzt mit Ausnahme der derzeitigen Übergangsregierung ÖVP-Finanzminister und diese Situation wird – auch österreichweit – immer schlechter für die Kommunen. Jetzt muss gehandelt werden!"

Hintergrund: Die Aufgaben sind für die Städte und Gemeinden so groß wie noch nie. Derzeit bekommen die Gemeinden allerdings immer mehr Aufgaben, ohne dass damit eine entsprechende Kostenabgeltung seitens des Bundes verbunden wäre. In diesem Zusammenhang ist auch die Notwendigkeit einer Neubewertung der Einheitswerte als Grundlage für die Berechnung der Grundsteuer zu nennen. Die türkis-blaue Bundesregierung wollte zwar ebenfalls eine Grundsteuer neu, allerdings nur, wenn die Bewertung durch die jeweilige Gemeinde oder Stadt selbst durchgeführt wird. Eine vernünftige Grundsteuerreform durch den Bund wäre eine wesentliche einnahmenseitige Entlastung der Budgets in den Städten und Gemeinden. Zunächst sollten aber für die Städte und Gemeinden die ohnehin zu geringen Mittel, die ihnen vom Bund zugewiesen werden, ohne Verzögerungen und korrekt fließen. Bei der für Kommunen unentbehrlichen Grundsteuer kommt es jedoch seit Jahren zu enormen Rückständen bei der Ausstellung der Grundsteuerbescheide bei den zuständigen Finanzämtern. Die Einhebung der Grundsteuer durch die Gemeinden verzögert sich dadurch in unzumutbarer Art und Weise und den Kommunen entgeht dadurch sehr viel Geld.

Kommt die noch von Türkis-Blau geplante Zusammenlegung von Finanzämtern zu einem Finanzamt Österreich, ist zu befürchten, dass es zu einer weiteren Überforderungen der zuständigen Beamten kommt, mit der Konsequenz, dass die Rückstände bei den Grundsteuerbescheiden noch großer werden

GVV Präsident Trummer: "Die Grundsteuer kommt den Kommunen zugute und wird vom Bund eingehoben. Die Finanzminister der letzten Jahre hatten offenbar kein Interesse und keine Motivation, hier tätig zu werden, da das Geld ja nicht dem Bund, sondern den Kommunen zu Gute kommt. Umso verwunderlicher ist, dass hier seitens des Eisenstädter Bürgermeisters und des Burgenländischen Gemeindebundes kein Wort dazu verloren wurde, obwohl diese Rückstände auch die 82 ÖVP Gemeinden des Landes voll treffen!



Rückstände bei der Grundsteuer gehen zu Lasten der Bevölkerung

Foto: Thorben Wengert_pixelio.de



GVV Präsident Erich Trummer und GVV Vizepräsidentin LAbg. Inge Posch mit burgenländischen Delegierten am Gemeindetag in Graz Fotos: GVV Burgenland

66. Österreichischer Gemeindetag im Zeichen von Klimaschutz und Stabilität

Graz war Ende Juni Gastgeber des 66. Österreichischen Gemeindetages. Bereits im Vorfeld des Gemeindetages beschloss der Bundesvorstand des Österreichischen Gemeindebundes zwei Resolutionen, die ganz im Zeichen der Vielfalt und der Nachhaltigkeit stehen.

In seiner Resolution zum Klimaschutz erkannt der Gemeindebund die Eindämmung der Klimakrise und ihrer schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität an. Betont wird, dass die bisherigen Maßnahmen der Gebietskörperschaften global nicht ausreichen, um die Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. In einer

zweiten, allgemeinen Resolution behandelt die wesentlichsten Themen der Kommunalpolitik wie Pflege, Finanzen und Infrastruktur. An die Übergangsregierung appelliert der Gemeindebund das wichtige Projekt einer nachhaltigen Pflegereform weiterzuführen, den Glasfaserausbau im ländlichen Raum mit entsprechenden Mitteln zu dotieren, eine Entflechtung der Kompetenzen im Schulbereich voranzutreiben, die Gemeinden bei ihren vielfältigen Initiativen zum Klimaschutz zu unterstützen sowie die Gemeindefinanzierung nachhaltig zu sichern und die vereinbarten Maßnahmen umzusetzen, nicht zuletzt die Reform der Grundsteuer.



Burgenländische Vertreterlnnen am Gemeindetag in Graz



Im Rahmen des Österreichischen Gemeindetages, der 2019 in Graz stattfindet, trafen sich die Landespräsidenten des Österreichischen Gemeindebundes mit dem Präsidenten des Österreichischen Gemeindebundes und seinen beiden Vizepräsidentinnen

Gemeindefinanzen: Positver Trend hält an

Die Finanzlage der Burgenländischen Gemeinden und Städte hat sich auch im Haushaltsjahr 2018 äußerst positiv entwickelt. Das zeigt die Gemeindefinanzstatistik 2018. Gesamteinnahmen von rund 726 Millionen Euro aller 171 burgenländischen Gemeinden stehen Gesamtausgaben von rund 624 Millionen Euro gegenüber.

Durch dieses gute Ergebnis konnten mehr als 100 Millionen Euro in wichtige Infrastrukturprojekte investiert werden. Îm Detail wurde ein Drittel davon für den Bildungs- und Sozialbereich, wie beispielsweise für Schulen und Kindergärten oder Angebote der Freizeitgestaltung aufgewendet. Rund zwei Drittel wurden für die Daseinsvorsorge im Bereich Straßenbau, Müllentsorgung, Abwasserentoder Wasserversorgung, wie, zum Beispiel, Ausbau und Instandhaltung von Kanälen, Investitionen in Kläranlagen, Instandhaltung des Wasserversorgungsnetzes bis hin zu Hochwasserschutzprojekten verwendet. Der Schuldenstand erhöhte sich um 1,4 Millionen Euro - von 309,3 im Haushaltsjahr 2017 auf 310,7 Millionen Euro im Haushaltsjahr 2018 - nur leicht. Dieser Schuldenstand entspricht einer Pro-Kopf-Verschuldung von 1.064 Euro – österreichweit ein top Wert. Die von den Gemeinden übernommenen Haftungen sind im Vergleich zum Vorjahr deutlich, nämlich um 8,2 Millionen Euro auf rund 179,5 Millionen Euro, gesunken. Die burgenländischen Gemeinden erwirtschafteten im Jahr 2018 auch eine Freie Finanzspitze von rund 55,9 Millionen Euro. Das sind um rund 9,8 Million Euro mehr als im Vorjahr. Der Finanzierungssaldo, oder auch das Maastricht-Ergebnis, hat sich im Jahr 2018 auf rund 5,1 Millionen Euro belaufen.

"All diese Zahlen beweisen, dass trotz schwieriger Zeiten viel Geld in den wichtigen Bereich der Bildung und der Daseinsvorsorge, aber auch in unsere Wirtschaft investiert wird. Damit fungieren unsere Gemeinden einmal mehr als heimischer Wirtschaftsmotor. Dieser Weg einer verantwortungsvollen Finanzgebarung ist der richtige Weg einer nachhaltigen Entwicklung unserer Gemeinden und somit unseres Landes", erläutert das für die Gemeindeagenden zuständige Regierungsmitglied Landesrat Christian Illedits.



Landeshauptmann Hans Peter Doskozil gab gemeinsam mit Vizelandeshauptmann Johann Tschürtz und den beiden Klubobleuten der Regierungsparteien, Ingrid Salamon und Geza Molner, den Fahrplan zur Neuwahl bekannt.

Das Burgenland wählt am 26. Jänner 2020!

Der Koalitionsausschuss von SPÖ Burgenland und FPÖ Burgenland hat Ende Mai beschlossen, dass der Landtag spätestens Ende Oktober aufgelöst wird, um den Weg frei zu machen für vorgezogene Landtagswahlen am 26. Jänner 2020.

Landeshauptmann Hans Peter Doskozil begründet diesen Schritt so: "...wir wollen kein Land sein, in dem Machthaber ihre Macht benützen, um sich selbst Vorteile zu verschaffen. Wir wollen kein Land sein, wo Großindustrielle durch Spenden politische Entscheidungen beeinflussen. Wir wollen kein Land sein, in dem Rechtsradikale politische Entscheidungsträger erpressen! Die Sitzung des Koalitionsausschusses, der aufgrund der schwer belasteten Situation durch den Skandal um das "Ibiza-Video" einberufen worden war, hat daher "Grünes Licht" für ein vorzeitiges Ende der Koalition aus SPÖ und FPÖ im Burgenland gegeben. Es ist eine gemeinsame Vorgangsweise, da beide Partner die verbleidende Zeitspanne dazu nutzen wollen, um wichtige, noch offene Punkte des Regierungsprogramms – vor allem den Mindestlohn und den Zukunftsplan Pflege - umzusetzen und auch noch

das Budget 2020 zu beschließen. Bei einer Regierungsklausur im Juni in St. Martin an der Raab wurde der konkrete Fahrplan dazu festgelegt.

Ein weiterer Punkt ist laut Landeshauptmann Doskozil, dass es im Burgenland, angesichts der Instabilität und Unsicherheit, in die Österreich manövriert worden ist, gelte, einen kühlen Kopf zu bewahren. Das Burgenland brauche jetzt Augenmaß und Besonnenheit, um nicht in diese Eskalationsspirale hineingedrängt zu werden. Der Landeshauptmann will stabile Verhältnisse, damit aus dem Regierungsprogramm noch jene Themen abgearbeitet werden können, die für beide Parteien notwendig sind.

Kurzer und sparsamer Wahlkampf

Nach Auflösung des Landtags soll es einen kurzen, sparsamen Wahlkampf von wenigen Wochen geben. Für die SPÖ Burgenland ist eine Zusammenlegung von Nationalrats- und Landtagswahlen unsinnig, da auf Österreich – so der Landeshauptmann – ein sehr schmutziger und sehr gehässiger Wahlkampf zukommt und damit will man im Burgenland

nichts zu tun haben. Hans Peter Doskozil geht es darum, dass weder der destruktive Stil, noch die Unsicherheit der Bundespolitik auf das Burgenland übertragen werden, sondern vielmehr ruhiges verantwortungsvolles Handeln im Interesse des Landes im Vordergrund steht.

Allen Spekulationen bezüglich seiner persönlichen politischen Zukunft erteilte der Landeshauptmann neuerlich eine klare Absage: "Mein Herz und mein Wollen sind hier im Burgenland. Ich werde selbstverständlich als Spitzenkandidat in die Landtagswahl gehen", so Doskozil. Er habe sich im Februar dieses Jahres fürs Burgenland entschieden und das bleibe auch so: "Die Burgenländerinnen und Burgenländer haben in den letzten Jahrzehnten bewiesen, dass sich auch ein kleines Land wie das Burgenland mit Tatkraft und Zusammenhalt zu einer Vorzeigeregion Europas entwickeln kann. Mit meinem Programm des "Klugen Wachstums' will ich dazu beitragen, dass das Wohlstandswachstum im Burgenland auch für die nächsten Jahrzehnte gesichert wird." Der GVV wird die Gemeinden und Funktionäre - wie gewohnt - in rechtlicher Hinsicht bei den beiden Wahlgängen unterstützen.



TOURTERMINE:

Rust - 21. Juni 2019 | Ruster Seebad, Ruster Bucht 2, 7071 Rust | 17:00 Uhr. Einlass | mit "Die Edlseer"

Bezirk Neusiedl am See - 27. Juni 2019 | Neusiedl, Gols & Illmitz jeweils am Hauptplatz | Beginn 15:30 Uhr

Großpetersdorf - 4. Juli 2019 | Hauptplatz 3, 7503 Großpetersdorf | 18:30 Uhr. Einlass | mit "Die Edlseer"

Rohrbach - 18. Juli 2019 | Fürstenstadl, Meierhof 2, 7222 Rohrbach bei Mattersburg | 17:00 Uhr. Einlass | mit "Die Edlseer"

Lackenbach – 19. Juli 2019 | Sportplatz, Esterházygasse 3, 7322 Lackenbach | 16:30 Uhr. Einlass | mit "Die Edlseer"

Heiligenkreuz – 26. Juli 2019 | Grenzlandhalle, Schulgasse 1, 7561 Heiligenkreuz im Lafnitztal | 16:30 Uhr. Einlass

Güssing - 5. September 2019 | Kulturzentrum Güssing, Schulstraße 6, 7540 Güssing | 19:00 Uhr. Einlass | mit "Die Edlseer"



Zur Sache!



Christian Illedits Landesrat

Liebe Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter!

Das Burgenland ist heute ein Land mit höchster Lebensqualität. Was unser Heimatland so besonders macht, ist der soziale Zusammenhalt. Als zuständiger Landesrat für Gemeindeangelegenheiten und für die Bereiche Soziales und Seniorenangelegenheiten achte ich besonders darauf, dass es eine gute soziale Absicherung für alle Burgenländerinnen und Burgenländer gibt. Erste und engste Ansprechpartner für sie sind die Gemeinden.

Eines der wichtigsten Zukunftsthemen in der Sozialpolitik ist die Pflege und Betreuung. Erst vor kurzem
habe ich gemeinsam mit Landeshauptmann Hans
Peter Doskozil den burgenländischen "Zukunftsplan
Pflege" präsentiert, der 21 Maßnahmen vorsieht, die
das bereits sehr gute Pflege- und Betreuungsangebot in den kommenden Monaten stark erweitern
und verbessern werden.

Eine erste Maßnahme wurde mit der Installierung eigener Pflege- und Sozialberater als Ansprechpartner an allen Bezirkshauptmannschaften bereits umgesetzt. In einer Pflegeoffensive werden in den kommenden Monaten im gesamten Land neue betreute Wohneinheiten, weitere Seniorentageszentren und ein verbessertes Unterstützungsangebot für pflegende Angehörige entstehen. Das ist von besonderer Notwendigkeit, da die Zahl der über 75-Jährigen burgenlandweit bis 2030 um 20 Prozent zunehmen wird.

Als Landesrat für die ältere Generation verspreche ich, das gesamte Pflegeangebot bestmöglich für die Zukunft zu gestalten, all Eure Anliegen tatkräftig zu unterstützen und immer ein offenes Ohr zu haben. Ich freue mich auf eine gutes Miteinander!

Mit freundlichen Grüßen

Junt Comm

Christian Illedits Landesrat für Seniorenangelegenheiten Neu- und Ausbauprojekte für Betreuungs- und Pflegeprojekte im gesamten Land sind auf Schiene. Das Land investiert rund 6 Millionen Euro im Jahr zusätzlich in den Sozialbereich. Die Schwerpunkte sind: die "Pflege daheim", ein Anstellungsmodell für pflegende Angehörige und das Prinzip der Gemeinnützigkeit.

Nach der Präsentation des "Zukunftsplans Pflege" durch LH Hans Peter Doskozil und Soziallandesrat Christian Illedits Ende März wird nun bereits intensiv an der Umsetzung gearbeitet. Der Zukunftsplan umfasst 21 Maßnahmen – ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der von der überwiegenden Anzahl der Senioren gewünschten "Pflege daheim", einem neuen Anstellungsmodell für pflegende Angehörige und einer verbindlichen Durchsetzung des Prinzips der

Zukunftsplan Pflege:

Gemeinnützigkeit bei allen Anbietern. Daneben soll es aber auch einen gut geplanten, an die Bevölkerungsentwicklung angepassten Ausbau von stationären und teilstationären Pflegeeinrichtungen und des Angebots für "betreutes Wohnen" für alternative Wohnformen geben.

"Die Menschen können sich darauf verlassen, dass wir unseren Plan – wie versprochen – noch heuer umsetzen. Darauf haben wir auch bei der Festlegung des Termins für die nächste Landtagswahl geachtet. Damit ist nicht nur für Stabilität im Burgenland gesorgt, sondern können wichtige Projekte wie Pflege und Mindestlohn noch realisiert werden", so Landeshauptmann Doskozil.

In Summe werden bis 2021 im Burgenland 279 neue Plätze in Altenwohn- und Pflegeheimen geschaffen, 60 davon mit der Ausstattung für behinderte Menschen, und 120 neue teilstationäre Plätze in Seniorentageszentren. Dazu kommen Spezialversorgungsplätze für Menschen mit speziellen gesundheitlichen Problemen.

Profitieren wird hiervon das gesamte Land – der burgenländische "Zukunftsplan Pflege" nimmt alle heimischen Akteure auf dem



So lange eine Pflege im häuslichen Umfeld gewährleistet werden kann, soll sie auch möglich sein

Foto: xxx

rund 400 neue Plätze im Betreuungs- und Pflegebereich

Gebiet der Pflege und Betreuung mit und bindet die bestehenden Anbieter ein. Das neue burgenländische Pflegemodell ersetzt nicht das alte, es ergänzt den Status Quo.

Die Mindestgröße für Neubauten beläuft sich auf 60 Betten, kleinere Einheiten bleiben bestehen. Dies entspricht einer umfassenden Bedarfserhebung. In Summe soll ein engmaschiges Betreuungsnetz entstehen, das den Bedürfnissen der Burgenländerinnen und Burgenländern gerecht wird. Wenn die notwendige Versorgung im häuslichen Umfeld nicht mehr gewährleistet werden kann, dann soll eine stationäre Unterbringung möglich sein. Rund 5,8 Millionen Euro werden dafür jährlich zusätzlich in die Pflege fließen.

Umgesetzt wird auch das Pilotprojekt das "Neues Betreutes Wohnen", das auf der Versorgung von mehreren betreuten Wohneinheiten im Nahebereich zu einer stationären Einrichtung oder zum Standort eines mobilen Anbieters beruht. Starten wird dieses rund 1 Millionen Euro teure Pilotprojekt in den Bezirken Neusiedl und Mattersburg.

"Im Mittelpunkt der Neuausrichtung des burgenländischen Pflege- und Betreuungsangebots steht der Grundgedanke, pflegebedürftige Menschen so lange wie möglich zuhause zu betreuen und pflegende Angehörige durch ein Anstellungsverhältnis abzusichern," so Illedits. Bereits ab dem 1. Oktober können diese, nach der Absolvierung einer Heimhilfeausbildung, bei einer gemeinnützigen Gesellschaft des Landes angestellt werden. Hierbei kommt bereits

ab Oktober der Mindestlohn zu tragen, der im Burgenland künftig im gesamten eigenen Verantwortungsbereich realisiert wird. Die Anstellung pflegender Angehörige wird zu 1.700 Euro (netto) auf Basis einer Vollzeitbeschäftigung erfolgen, wobei ab Pflegestufe 3 abhängig vom Pflegebedarf und Stundenausmaß unterschiedliche Beschäftigungsmodelle gelten.



Landeshauptmann Hans Peter Doskozil und Landesrat Christian Illedits bei der Präsentation des Pflegeplans

Foto: LMS Burgenland

1. Burgenländischer Bürgermeister-Dialog

Zu ersten burgenländischen Bürgermeister-Innen-Dialog lud Landeshauptmann Hans Peter Doskozil gemeinsam mit Landtagspräsidentin Verena Dunst Mitte März alle BürgermeisterInnen und Vizebürgermeister-Innen des Burgenlandes in den Landtagssitzungsaal in Eisenstadt ein. Im Mittelpunkt des Empfangs stand die programmatische Rede Doskozils, der den gemeinsamen Weg Land und Gemeinden, den schon Hans Niessl erfolgreich beschritten hatte, weitergehen will. Doskozil dankte auch den vielen erschienen GemeindevertreterInnen für ihren Einsatz und ihre tägliche Arbeit in den Kommunen. Das Burgenland steht heute besser da als jemals zuvor. Einer der wesentlichen Erfolgsfaktoren für den Aufstieg des Landes zu einem modernen, leistungsfähigen und für immer mehr Menschen attraktiven Wohnund Lebensort sei die enge Zusammenarbeit zwischen der Landesregierung und den 171 Gemeinden des Burgenlandes.



Zahlreiche BürgermeisterInnen und VizebürgermeisterInnen folgten der Einladung

Neues Gesetz für die Feuerwehren ist fertig

Das neue Gesetz wurde in den vergangenen zwei Jahren in intensiven Beratungen gemeinsam mit Vertretern der Feuerwehren und den Gemeindevertretern ausgearbeitet und soll – nach der Begutachtungsphase im Sommer - im Spätherbst 2019 im Burgenländischen Landtag beschlossen werden. Die Eckpunkte des neuen Gesetzes sind: Wahl des Landesfeuerwehrkommandanten durch die Ortswehren, Etablierung der Funktion eines Landesfeuerwehrdirektors, Sicherstellung einer transparenten Darstellung der Finanzgebarung und die Anhebung des Aktivstandes von 65 auf 70 Jahre.



NR Erwin Preiner, GVV Präsident Erich Trummer und Jugendlandesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler mit xxx Fotos: LMS Burgenland, GVV Burgenland

Initiative zur Förderung der Jugendarbeit auf kommunaler Ebene

Mit dem Ziel, die Jugendarbeit zu fördern und die Mitbestimmung der Jugendlichen in den Gemeinden zu stärken, präsentierten Landesrätin Daniela Winkler und Vertreter des GVV Burgenland Ende Mai in Winden am See die Initiative "Deine Gemeinde – jung.aktiv.innovativ", die vom Landesjugendreferat organisiert und vom GVV Burgenland, vom Österreichischen Städtebund - Landesgruppe Burgenland sowie dem Gemeindebund unterstützt wird.

Allen Mitwirkenden war und ist es wichtig, die Meinung der Kinder und Jugendlichen in den Kommunen zu hören. Die junge Generation spielt eine tragende Rolle und ist ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft, der seinen fixen Platz in den Gemeinden hat. Daher will diese Initiative, ähnlich wie die Initiative "Meine Idee zählt" – die der GVV 2016 ins Leben gerufen hat – den Jugendlichen im Burgenland die Chance eröffnen, ihren Lebensraum für ihre Zukunft mitzugestalten! Landesrätin Winkler möchte die Synergien verstärkt nutzen, mit dieser Initiative die Jugend verstärkt einbinden und ihr die Chance geben, an der Gestaltung ihrer Umwelt aktiv mitzuwirken. Ziel ist es auch, dass Gemeinden, die für Jugendliche durch konkrete Maßnahmen entsprechende Projekte und Aktivitäten umsetzen, am Ende dafür entsprechend gewürdigt werden. Dazu gibt es einen umfassenden Maßnahmenkatalog, aus dem die Gemeinden wählen und entsprechende Punkte "sammeln" können. Das Projekt wird mit 50.000 Euro vom Land Burgenland gefördert. Voraussetzungen sind Maßnahmen in den jeweiligen Gemeinden zur Stärkung oder Verbesserung der Situation der Jugendlichen auf kommunaler Ebene, wie beispielsweise die Beteiligung an der Gemeindepolitik, konkret z.B. ein Mitbestimmungsrecht der Jugendlichen in den Gemeindepolitik, Begegnungszonen für Jugendliche mit einem entsprechenden Raumangebot für ein Jugendzentrum, Jugendinfrastruktur sowie soziale Angebote für Jugendliche oder Freizeitangebote und innovative Projekte speziell für Kinder und junge Erwachsene. Interessierte Gemeinden können sich bis 31. August 2019 bewerben. Die Auszeichnungen werden im Herbst dieses Jahres im Rahmen eines Festaktes verliehen. Für weitere Infos wurde ein Flyer erarbeitet, der vom Büro Winkler an alle Gemeinden versendet wird. Die Auszeichnung "Deine Gemeinde – jung.aktiv.innovativ" erhalten Gemeinden, die 25 Punkte des Maßnahmenkataloges erreichen und mindestens eine Aktivität pro Thema erfüllen.

"Die mitmachenden Gemeinden können damit ein klares Signal an die jungen Menschen senden, qualitative Jugendarbeit fördern, die Jugend verstärkt einbinden, den Diskurs in den Kommunen stärken und neue Sichtweisen für alle Beteiligten eröffnen. Wir sehen das sehr positiv und unterstützen diese Aktion in vollem Umfang!", so GVV Präsident Erich Trummer.

Neues Baugesetz: Bürokratieabbau und Vereinfachung

Die burgenländische Landesregierung hat, in enger Abstimmung mit Kommunalpolitikern, AmtsleiterInnen und diversen Interessensverbänden, ein neues Baugesetz ausgearbeitet und im Landtag beschlossen. Bürokratieabbau und Vereinfachung standen beim neuen Gesetz im Vordergrund.

Kern des neuen Gesetzes, das noch unter der damaligen Gemeindereferentin Astrid Eisenkopf ausgearbeitet wurde, ist, dass geringfügige Bauten in Zukunft nicht mehr bewilligungspflichtig sein werden. Anzeige- und Bewilligungsverfahren für alle größeren Bauvorhaben werden auf einem vereinfachten Niveau zusammengelegt – sodass in Zukunft keine mündliche Bauverhandlung mehr nötig ist, wenn sich der Bauwerber und seine Nachbarn vorher einigen. GVV-Präsident Erich Trummer: "Für die Gemeinden bedeutet das mehr Rechtssicherheit, für die Bürger mehr Eigenverantwortlichkeit."

Der Geltungsbereich des Gesetzes wurde

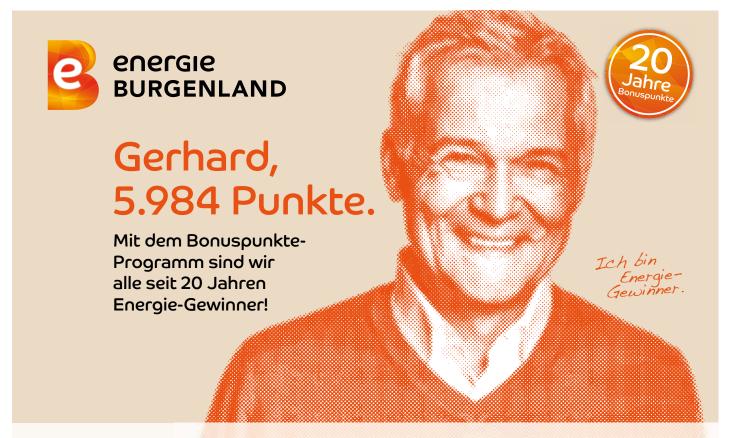
außerdem klarer geregelt, der Katalog an Ausnahmen vergrößert. Kleine Bauvorhaben, wie die Errichtung von Zierbrunnen, Ladestationen für E-Autos, Gartenteichen, Steingärten, Hochbeeten oder Grillkaminen, sind künftig nicht mehr genehmigungspflichtig und damit entfallen auch Bauverfahren und Bauverhandlung. Ermöglicht werden auch, durch die ständige Qualitätsverbesserung der Leistung der Modulflächen, Photovoltaikanlagen bis 10 KW Leistung. Bisher waren es nur 5 KW. Auch diese sind jetzt genehmigungsfrei. Diese Regelung ist damit auch ein weiterer Schritt in Richtung Ausbau der erneuerbaren Energie im Burgenland.

Bereits im Herbst 2017 startete die Landesregierung auch unter Einbeziehung des GVV die größte Entbürokratisierungsoffensive des Burgenlandes. Rund 40 Gesetze, darunter das burgenländische Baugesetz, sollen oder wurden bereits überarbeitet. Ziel ist dabei immer die Verwaltungsvereinfachung für BürgerInnen, Wirtschaft und Behörden.

Trummer: "Eine breite Akzeptanz der Änderungs- und Verbesserungsvorschläge muss immer oberstes Ziel eines neuen Gesetzes sein. Doppelgleisigkeiten wurden beseitigt und Kompetenzen, soweit juristisch möglich, sinnvoll gebündelt. Auch Behördenverfahren konnten vereinfacht werden und somit wird es eine spürbare Entlastung für die betroffenen Zielgruppen, nämlich für die Bauwerber und für die Verwaltung in den Gemeinden, geben."



Das neue Baugesetz entlastet die Bürger Foto: Norbert Lorenz/pixelio.de



Vor 20 Jahren haben wir das erste Mal Bonuspunkte gesammelt und für den Kauf neuer, energieeffizienter Geräte verwendet. Und heute? Machen wir genau dasselbe! Und sparen so nicht nur Geld, sondern auch Strom und damit Ressourcen. Eine saubere Sache – für eine saubere Umwelt. www.energieburgenland.at



GMOA and more - Fünfter Lehrgang ging erfolgreich zu Ende: Ende März ging in Neutal die "GMOA and more" -Akademie zum fünften Mal erfolgreich zu Ende. Die Seminarreihe für junge KommunalpolitikerInnen endete mit der Zertifikatsverleihung, bei der sich die 18 TeilnehmerInnen über den erfolgreichen Abschluss freuten. Mit dabei waren auch die Landesvorsitzende der Sozialistischen Jugend (SJ) Burgenland Lejla Visnjic, GVV Vizepräsidentin Inge Posch-Gruska, RI-Landesgeschäftsführerin Theresa Krenn und GVV Landesgeschäftsführer Herbert Marhold. Der GVV Burgenland trägt wesentlich zur Finanzierung der Akademie bei. Fotos: GVV Burgenland



Auch LH Hans Peter Doskozil gratulierte Dorner zur Wahl zum Bezirksvorsitzenden

Dorner mit 100% zum Vorsitzenden gewählt

Anfang April wurde Neo-Landesrat Heinrich Dorner bei der Bezirkskonferenz Oberpullendorf in der KUGA Großwarasdorf von allen 144 Delegierten zum neuen SPÖ-Vorsitzenden im Bezirk Oberpullendorf gewählt. Dorner folgt somit auf Norbert Darabos, der mit Ende Februar aus der Landesregierung ausgeschieden war. "Ich bin überwältigt von dem Vertrauensvorschuss, der mir entgegengebracht wurde. Das zeigt, dass der Zusammenhalt im Bezirk da ist. Das ist mir sehr wichtig, denn mit einer geschlossenen Basis kann man vieles bewirken", so Dorner. Für Landeshauptmann Doskozil ein überwältigendes Ergebnis: "Deswegen habe ich Heinrich Dorner auch in die Landesregierung geholt, er kann sehr gut mit Menschen umgehen und weiß, wo die Probleme liegen. Gratulation zur beeindruckenden Wahl."

Gmoa and more PLUS: Seminar zur Gemeindeordnung in Eisenstadt

ipps und rechtlicher Background für die Gemeindeordnung lieferte das Seminar "Gemeindeordnung leicht gemacht!", das Ende April in Eisenstadt abgehalten wurde. Es ist Teil der "Gmoa and more PLUS" Akademie des GVV in Kooperation mit dem RI Burgenland. Trainer Karl Aufner, langjähriger, erfahrener Amtmann der Stadtgemeinde Mattersburg, versuchte den rund 20 Teilnehmerinnen die Feinheiten der Gemeindeordnung und der Gemeindehaushaltsordnung näher zu bringen.

Der GVV Burgenland und das Renner Institut Burgenland haben ihr Vorzeigeprojekt die "GMOA and more" Akademie, erweitert und starteten im Frühjahr 2019 mit der GMOA AND MORE PLUS+. Es ist dies die Akademie für alle Gemeindefunktionärlnnen der SPÖ im Burgenland. Ziel ist es, die politisch-

en Funktionärlnnen der SPÖ in fachlicher, politischer und sozialer Kompetenz zu unterstützen. Die GMOA and more PLUS+ Akademie 2019 gliedert sich in insgesamt acht verschiedene Module, wovon vier Pflichtmodule und zwei Wahlmodule zu absolvieren sind. Im Rahmen dieser Module sollen den TeilnehmerInnen sowohl politisches Wissen, als auch das nötige "Handwerk" für die Arbeit in den Gemeinderäten näher gebracht werden. Es konnten - wie bei der Gmoa and more - erfahrene Experten als Referentlnnen für die Gmoa and more PLUS+ gewonnen werden. Die Module 2019 umfassen, "Geschichte der Sozialdemokratie", Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, politische Rhetorik, Gemeindeordnung, Kampagnenkompetenz, "Neue Gemeinderäte finden", Social Media Workshop sowie ein Seminar zu Hausbesuchen.

Die ReferentInnen teilen ihr Wissen und ihre Erfahrung mit den TeilnehmerInnen und auch der Austausch von Ideen und Erfahrungen untereinander kommt bei GMOA and more PLUS nicht zu kurz



Volles Haus beim GVV-Empfang am Städtetag 2019 in Rust

Großer Empfang des GVV Österreich und des GVV Burgenland am Städtetag 2019 in Rust: Über 100 Kommunalvertreter aus ganz Österreich waren zu Gast.

Im Rahmen des Österreichischen Städtetages, der heuer in der burgenländischen Stadt Rust stattfand, konnte der GVV Österreich zahlreiche Kommunalvertreter der SPÖ aus ganz Österreich begrüssen! GVV Österreich Vorsitzender Rupert Dworak eröffnete den Empfang und freute sich über den Besuch des Wiener Bürgermeisters Michael Ludwig, Niederösterreichs Landesrat und SPÖ Vorsitzenden Franz Schnabl, St. Pöltens Bürgermeister Matthias Stadler sowie über die Vizepräsidentin des Österreichischen Gemeindebundes Roswitha Glashüttner.

Der GVV Österreich Empfang, der bereits am letzten Gemeindetag in Dornbirn erfolgreich Premiere gefeiert hat, wurde auch im Katamaran in Rust sehr gut von den SPÖ Kommunalvertreterlnnen angenommen. Der GVV Burgenland war Co-Veranstalter und Präsident Erich Trummer ließ es sich nicht nehmen, persönlich die Begrüßung vorzunehmen. Themen beim Empfang waren natürlich auch die derzeitige innenpolitische Situation in Österreich, sowie die anstehenden EU Wahlen. SPÖ Spitzenkandidat Andreas Schieder war zu Gast und hielt das Hauptreferat. Auch die Situation rund um

den Rücktritt der halben Bundesregierung war Gesprächsstoff. Landeshauptmann und Bürgermeister Michael Ludwig aus Wien sprach hier klare Worte. Insgesamt waren beim Empfang mehr als 100 Gemeindevertreter und Gemeindevertreterinnen geladen, darunter viele Bürgermeisterinnen und Bürgermeister aus dem Burgenland. Auch beim kommenden Gemeindetag in Graz im Juni dieses Jahres soll dieses erfolgreiche Event fortgesetzt werden.

In seiner Begrüßungsrede am 69. Österreichischen Städtetag brach Landeshauptmann Hans Peter Doskozil einmal mehr eine Lanze für den Föderalismus – auch mit Blick auf die aktuellen Ereignisse auf Bundesebene: "Die Gemeinden, die Städte und auch die Länder sind die stabilisierenden Faktor en in unserem Land Daran sollten wir denken, wenn wir über mehr Zentralismus oder mehr Föderalismus reden. Es geht dabei um Kompetenz und das Übernehmen von Verantwortung." Man müsse gemeinsam – Gemeinden, Städte und Länder – selbstbewusst auftreten und "das, was wir wollen, selbstbewusst einfordern. Wir arbeiten nicht mit dem Steuergeld des Bundes, sondern mit dem Steuergeld der Menschen", so Doskozil.

Als Gast konnte in Rust auch der Präsident des Europäischen Ausschusses der Regionen (AdR), Karl-Heinz Lambertz, begrüßt werden.



GVV Präsident Erich Trummer mit Rupert Dworak, Vorsitzender des GVV Österreich, und Wiens Bürgermeister Michael Ludwig am Städtetag in Rust Fotos: LMS, GVV



ADR-Präsident Karl-Heinz Lambertz



Landeshauptmann Hans Peter Doskozil



Rusts Bürgermeister Gerold Stagl



Empfang des GVV Österreich und des GVV Burgenland am Städtetag in Rust



Der neue burgenländische Gemeindereferent LR Christian Illedits besuchte Ende März die Landesvorstandssitzung des GVV Burgenland. Illedits war ja selbst jahrelang Bürgermeister der nordburgenländischen Gemeinde Drassburg im Bezirk Mattersburg. Auch im GVV Präsidium und Landesvorstand war er lange Jahre tätig. GW Präsident Erich Trummer: "Christian Illedits kommt von der Basis, war Gemeinderat und Bürgermeister und weiß daher sehr genau, wo der Schuh in den Kommunen drückt!" Ein großes Thema bei der Vorstandssitzung war natürlich das Thema Pflege, bei dem seitens des Landes ein 21 Punkte umfassender Zukunftsplan erarbeitet wurde. LR Illedits will bei allen Schritten den GVV und die Gemeindevertreter einbeziehen und strebt eine gute Zusammenarbeit in allen Bereichen mit den Städten und Gemeinden sowie den Interessensvertretungen an. Fotos: GVV Burgenland

Die GVV-Kommunalstammtische sind sehr gut besucht

Auf großes Interesse stoßen die GVV-Kommunalstammtische. 2019 fanden bereits sechs Stammtische statt - zuletzt Anfang Mai in Stadtschlaining im Bezirk Oberwart und Anfang Juni wieder im Bezirk Eisenstadt-Umgebung.

GVV Bezirksvorsitzende und GVV Vizepräsidentin Bgm. Renate Habetler aus Bernstein lud ihre Kollegen des Bezirks nach Statdtschlaining ein, um über kommunale Themen zu berichten und zu diskutieren. Zu Gast waren auch SPÖ Bezirksvorsitzender und Landeshauptmann Hans Peter Doskozil sowie SPÖ-Bezirksgeschäftsführer Jürgen Zimara und die SPO Mandatare des Bezirks Oberwart. Die Themen des GVV Kommunalstammtisches waren einmal mehr die neuesten Entwicklungen im GVV sowie auch die Vorbereitung des kommenden Wahlgangs zum Burgenländischen Landtag. Landeshauptmann Doskozil beleuchtete die neuesten Entwicklungen auf Bundesebene und präsentierte den KommunalpolitikerInnen die Pläne des Landes im Sozial - und Pflegebereich.

Der sechste GVV Kommunalstammtisch 2019 fand Anfang Juni wieder im Bezirk Eisenstadt-Umgebung statt. Gastgeber GVV Bezirksvorsitzender Bgm. Michael Lampel aus Neufeld an der Leitha lud diesmal seine Kollegen des Bezirks in die Grenzgemeinde Klingenbach ein, um über kommunale Themen zu berichten und zu diskutieren. Zu Gast



Kommunalstammtisch im Bezirk Oberwart mit Landeshauptmann Hans Peter Doskozil in Stadtschlaining

waren auch SPÖ Bezirksvorsitzende und Landesrätin Astrid Eisenkopf sowie SPÖ-Bezirksgeschäftsführer Ivan Grujic und die SPO-Mandatare des Bezirks Eisenstadt. Landesrätin Astrid Eisenkopf, die ja auch im SPÖ Bundesparteivorstand Sitz und Stimme hat, beleuchtete nochmals die neuesten Entwicklungen auf Bundesebene und präsentierte den KommunalpolitikerInnen die Pläne des Landes im Sozial – und Pflegebereich. GVV-BürgermeisterInnenstammtische finden in unregelmäßigen Abständen in allen Bezirken statt und haben überwiegend kommunale Themen zum Inhalt. Eingeladen sind die SPÖ VertreterInnen der bezirksangehörigen Gemeinden.



Am Kommunalstammtisch des Bezirks Eisenstadt-Umgebung in Klingenbach nahm auch Landesrätin Mag. Astrid Eisenkopf teil

Grundsteuer: Kommission kritisiert veraltete Einheitswerte

n den länderspezifischen Empfehlungen für Österreich kritisiert die EU-Kommission die veraltete Grundsteuer-Berechnungsbasis. Die Grundsteuer sollte an Marktpreise angepasst, das Steuersystem insgesamt wachstumsfreundlicher gestaltet werden.

Die länderspezifischem Empfehlungen sind Teil des sog. Europäischen Semesters, das den Rahmen für die wirtschaftspolitische Koordinierung der EU darstellt. Die EU-Kommission bewertet dabei die wirtschaftliche Entwicklung und die Erreichung der Europa 2020-Ziele, analysiert werden v.a. solide öffentliche Finanzen, die Vermeidung makroökonomischer Ungleichgewichte, Strukturreformen und Investitionsförderung. Österreich wird insgesamt keine schlechte Note ausgestellt, es zählt nicht zu jenen 13 Ländern, in denen die Kommission makroökonomische Ungleichgewichte feststellt. Verbesserungsbedarf gäbe es dennoch.

Die jüngste Steuerreform und der Familienbonus werden anerkennend zur Kenntnis genommen, insgesamt kritisiert die Kommission aber die im Europavergleich sehr hohe Abgabenquote auf Arbeit, an welcher die Steuerreform grundsätzlich nichts ändert. Eine Grundsteuerreform sollte daher im Gesamtkontext gesehen werden, denn sie würde auch zur Fairness des Steuersystems beitragen, Wohlhabendere besitzen eher Immobilien. Überhaupt wird festgestellt, dass die geringen Vermögenssteuern Ungleichheiten zementieren.

Auch die Komplexität des Finanzausgleichs ist ein Dauerbrenner in den Analysen der Kommission. Sie empfiehlt seit Jahren klare Verantwortungsstrukturen und eine höhere Steuerautonomie für Länder und Gemeinden.

Aus kommunaler Sicht erwähnenswert ist die kritische Analyse der Abschaffung des Pflegeregresses, die den Anstieg der Pflegekosten weiter befeuert. Die Kommission prognostiziert bis 2070 einen Finanzierungsbedarf in Höhe von 3,7% des BIP, was eine Verdoppelung im Vergleich zum status quo bedeutet.

In punkto Digitalisierung stimmt der Länderbericht dem Österreichischen Gemeindebund zu, wenn festgestellt wird, dass es ein problematisches Gefälle zwischen städtischem und ländlichem Raum beim Glasfaserausbau gibt. Österreich zählt bei der Digitalisierung zu den Besseren im EU-Schnitt, ist aber keineswegs Innovations-

Die länderspezifischen Empfehlungen sind – wie der Name sagt – Empfehlungen, die Mitgliedstaaten entscheiden eigenständig, was davon umgesetzt wird. Interessant zu lesen sind sie dennoch, liefern sie doch eine externe Analyse so wesentlicher Felder wie Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Sozialpolitik, öffentlichen Finanzen und Besteuerung sowie Investitionen zu Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit.

EU-Badegewässerbericht: top Qualität für Österreichs Bedeseen und Flussbäder

er EU-Badegewässerbericht bestätigt österreichischen Badeseen und Flussbädern auch dieses Jahr ausgezeichnete Qualität. 97,3% der österreichischen Badestellen können die höchste Wassergüte vorweisen, Österreich befindet sich europaweit unter den Top 3.

Geprüft wird die Wasserqualität an amtlich ausgewiesenen Badestellen. Die Grundlage dafür liefert die EU-Badegewässerrichtlinie, es geht v.a. um die Bekämpfung von Fäkalbakterien. Das Zusammenspiel mit anderen Rechtsvorschriften wird deutlich, denn wo es keine ausreichende Behandlung der kommunalen Abwässer gibt, sinkt auch die Qualität der Badegewässer.

Die höchste Zahl von Stränden mit unzureichender Wasserqualität findet sich übrigens in den klassischen Urlaubsländern Frankreich, Italien und Spanien, dort machen diese zwischen 1,6% und 2,2% aller überprüften Badestellen aus.



EU-Transparenzregister: Neufassung gescheitert

Mehrere Jahre verhandelten Kommission, EU-Parlament und Rat über die Neufassung des EU-Transparenzregisters, das als interinstitutionelle Vereinbarung den Kontakt mit Lobbyisten und Interessensvertretern auf europäischer Ebene regeln soll. Das aktuelle Register aus dem Jahr 2014 bindet nur die Beamten von EU-Kommission und Parlament, nicht aber EU-Abgeordnete oder Mitarbeiter des Rats. Von kommunaler Seite ist es in der Kritik, weil Vertreter von Gemeinden und Kommunalverbänden, den gleichen Regeln unterliegen wie Lobbyisten - im Gegensatz zur regionalen Ebene.

Aufgrund dieser massiven Kritik legte die Kommission 2016 den Vorschlag für eine Neufassung des Transparenzregisters vor, über welchen seit 2018 verhandelt wurde. Das neue Register sollte nun auch Politiker und den Rat der EU umfassen sowie lokale und regionale Ebene gleichstellen.

Die Verhandlungen über das verbindliche Register wurden jedoch Anfang 2019 endgültig abgebrochen, nachdem die Kommission darauf beharrte, dass für Rat und Parlament ähnlich strenge Regeln wie für die Kommission selbst, insbesondere für EU-Abgeordnete und EU-Vertretungen der Mitgliedstaaten, gelten sollten.

Für die Kommunalverbände heißt dies im Gegenzug, dass sie weiterhin allen anderen Lobbyisten gleichgestellt sind.



Mit knapp 30 Personen brach der GVV Burgenland Ende Juni nach Frankreich auf! Im Rahmen der jährlichen Studienreise besuchten die Gemeindevertreter mit Präsident Erich Trummer an der Spitze Lyon, Dijon und Beaujolais! Bei gutem Wetter konnten viele neue Eindrücke gesammelt werden und wie jede Reise, diente auch diese GVV Reise dazu, sich bei den Funktionärinnen und Funktionären in den Kommunen zu bedanken und das Gemeinschaftsgefühl zu stärken. Auch nächstes Jahr plant der GVV wieder eine Verbandsreise zu unternehmen.

Foto: GVV Burgenland



IMPRESSUM

Medieninhaber und Verleger:

Sozialdemokratischer Gemeindevertreterverband Permayerstraße 2, 7000 Eisenstadt www.gvvbgld.at

Redaktion: GVV Burgenland

Druck: Druckzentrum Eisenstadt, Graphische Werkstatt GmbH, Mattersburgerstr. 23c, 7000 Eisenstadt P.b.b. Verlagspostamt: 7000 Eisenstadt

Zulassungsnummer: 02Z034036 M

Österreichischer Gemeindebund bekommt zwei neue Vizepräsidentinnen!

Mit Stuhlfeldens ÖVP-Bürgermeisterin Sonja Ottenbacher (Salzburg) und Liezens SPÖ-Bürgermeisterin Roswitha Glashüttner (Steiermark) wurden beim Bundesvorstand des Österreichischen Gemeindebundes Mitte März 2019 im Palais Niederösterreich gleich zwei Bürgermeisterinnen neu ins Präsidium des Gemeindebundes gewählt. Sie werden ab sofort als Vizepräsidentinnen das Präsidium, das bisher aus Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl und den beiden Vizepräsidenten Hans Hingsamer (Oberösterreich, ÖVP) und Rupert Dworak (Niederösterreich, SPÖ) bestand, verstärken. GVV Präsident Erich Trummer begrüßt die personelle Weichenstellung: "Das ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung! Es ist und war mir immer ein ehrliches Anliegen, Frauen an die kommunalpolitische Spitze zu holen."